



# ZAHNTECHNIK ZEITUNG

Nr. 1  
Januar  
2007  
6. Jahrgang  
ISSN: 1610-482X  
PVSt: F 59301  
Entgelt bezahlt  
Einzelpreis 3,50 €

Die Monatszeitung für das zahntechnische Labor | [www.zt-aktuell.de](http://www.zt-aktuell.de)

Das Dentallabor der Zukunft	Labormanagement effektiv	Kompakt-Frästechnik	Aufstellkonzept
Ein Ausblick in ein weiteres Jahr voller struktureller Wandlungen im Gesundheitswesen von Jürgen Isbaner, Oemus Media AG.	Umsatzstagnation lässt sich auch in 2007 verhindern. Claudia Huhn, Uwe Heermann und Christian Thiesen erklären das Wie.	ZTM Claus Küchler stellt das Arbeiten mit dem Frässockel für das Fräs- und Übertragungssystem „c.k.telemaster“ vor.	Interdisziplinär und international: Ein Nachbericht vom 5. Live-Workshop „Biologische Prothetik“.
<b>ZT Politik_2</b>	<b>ZT Wirtschaft_3</b>	<b>ZT Technik_8</b>	<b>ZT Service_14</b>

ANZEIGE



*Starke Partner – Meisterklasse*

Innungsbetriebe sind die 1. Adresse für moderne, qualitätsorientierte Zahntechnik. Sie sind der starke Partner des Zahnarztes für Sicherheit rund um schöne Zähne. Innungen und VDZI ergreifen die Maßnahmen, dass es so bleibt. Machen Sie mit bei der exklusiven Gemeinschaftswerbung für Innungsbetriebe unter der Dachmarke Q der Allianz Meisterliche Zahntechnik.  
Infos: 069 665586 62

**mit SICHERHEIT schön!**

## Vertragsverhandlungen der Länder

### Durchbruch im Vertragsbereich Sachsen

Die betriebswirtschaftlichen Erfordernisse einer Preisveränderung stehen im Mittelpunkt der Vertragsverhandlungen in den Ländern. Gemeinsam mit dem VDZI gelang nun den Innungen Sachsens ein wichtiges Verhandlungsergebnis: die lineare Anhebung der Preise.

(VDZI) – Die Vertragsverhandlungen über die Höchstpreise in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), die von den Innungen geführt werden, bedeuten harte Kärner-Arbeit gegenüber dem Verhandlungspartner Krankenkassen. Seit Einführung des Festzuschuss-Systems gelten hierfür nach Einschätzung der Innungen und des VDZI nun andere Spielregeln.

Die Höchstpreise in den Ländern dürfen die neu verhandelten „Bundesmittelpreise“ um je fünf Prozent unter- und überschreiten. Alle gesetzlichen Krankenkassen zahlen dabei einen bundeseinheitlichen Festzuschuss. In diesem System wirken daher Veränderungen der Länderpreise grundsätzlich nicht mehr auf die Ausgaben der Krankenkassen. Damit steht allein die überzeugende Darlegung der betriebswirtschaftlichen Erfordernisse einer Preisveränderung im Mittelpunkt der Vertragsverhandlungen in den Ländern. Dennoch versuchten bisher die Krankenkassen in allen Ländern, in den

Verhandlungen und in den Schiedsämtern durchzusetzen, dass die Höchstpreise nur im Rahmen der seit vielen Jahren geringen Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen steigen dürften. Konsequenz zu Ende gedacht, könnte es damit in überschaubaren Zeiträumen zu keiner wirklichen Anpassung der Vergütungen in den neuen Bundesländern kommen.



Hätten die Kassen damit Erfolg, würde diese nicht nur den gesetzlichen Absichten einer Angleichung der Vergütungen widersprechen, sondern die zahntechnischen Handwerksbetriebe weiter von der allgemeinen Kostenentwicklung abkoppeln.

In enger Zusammenarbeit von Innungen und VDZI wurde daher in den Verhandlungen und Schiedsämtern intensiv darum gekämpft, dass innerhalb des Preiskorridors die Länderpreise, unabhängig von der Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen, nach betriebswirtschaftlichen Erfordernissen angepasst werden. Hierzu hat der VDZI gemeinsam mit den Innungen um-

fangreiche Argumentationspapiere erstellt und juristische Gutachten in die Verhandlungen eingebracht. In engem Schulterschluss und unter Beteiligung von Generalsekretär Walter Winkler im Schiedsamtverfahren in Sachsen hat nun erstmals ein Schiedsamt die Höchstpreise über die Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen nach § 71 Abs. 3 SGB V festgesetzt. Mit Bekanntmachung durch das Ministerium für Gesundheit vom 8.9.2006 lag die Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen nach § 71 Abs. 3 SGB V für das gesamte Bundesgebiet bei 0,79 % und in den neuen Bundesländern bei 2,23 %. Im Ergebnis wurden die jahresdurchschnittlichen sächsischen Preise des Jahres 2006 nach § 57

Abs. 2 SGB V um 2,7 % für das Jahr 2007 erhöht. Ausgenommen hiervon sind die Leistungspositionen 011 2, 382 1, 382 2, 970 0 und 933 0, die auf den bereinigten Bundesmittelpreis von 2006 angehoben werden. Bei den Verhandlungen nach § 88 Abs. 2 SGB V wurde mit den Krankenkassen eine lineare Anhebung der Preise ab dem 1.1.2007 um 2,23 % vereinbart.

Der Vertragsbereich Sachsen hat mit diesem hart erkämpften Ergebnis gezeigt, dass das beharrliche gemeinsame Vorgehen von Innungen und VDZI in dieser Grundsatzfrage bei den Vergütungsvereinbarungen im Festzuschuss-System dauerhaft zum Erfolg führen kann. **zt**

## Gesundheitsreform

### Die Gunst der Stunde: Einigung Nr. 3

Wie Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) am 12.01.2007 verkündete, habe sich die Große Koalition – nach knapp einjährigem Streit – in der Nacht zuvor auf ein Umgestaltungspaket für die Gesundheitsreform einigen können. Dies ist nach Juli und Oktober 2006 der dritte verkündete Durchbruch in der Debatte. Die Ergebnisse der Reform liegen jedoch weitab von ihren Ursprüngen.

(hdk) – Die wichtigste Errungenschaft der jüngsten Einigung ist die für alle Bundesbürger geltende Versicherungspflicht, was nach Ansicht Elke Ferners, der stellv. SPD-Fraktions-Vorsitzenden, ein „Meilenstein der Sozialgeschichte“ sei.

Die SPD machte im Gegenzug das Eingeständnis an die CDU und willigte in die Begrenzung des Zugangs zum Basistarif der privaten Krankenversicherungen ein. Damit sei die zweite große Hürde genommen und ein „tragfähiger Kompromiss“ geschaffen.

Das ursprüngliche Ansinnen, mit einer Reformierung der Gesetze die Wettbewerbssituation unter den Krankenkassen anzukurbeln und durch das Gesundheitszuspumpfen ihres Verwaltungsapparats eine Leistungssteigerung oder gar Preissenkung zu erreichen, ist kaum noch erkennbar.

Versicherte werden künftig draufzahlen müssen. Jüngste

PKV-Angaben drohen mit +12 % ab 2009 – eine Kostenweitergabe, die durch die teilweise Mitnahme der Altersrückstellung hervorgerufen werde. Die Einführung des PKV-Basistarifs schädige in

ANZEIGE



**Neue Kurstermine 2007**  
**Jetzt erfragen!**

Tel.: 022 67 - 65 80 - 0 • [www.picodent.de](http://www.picodent.de)

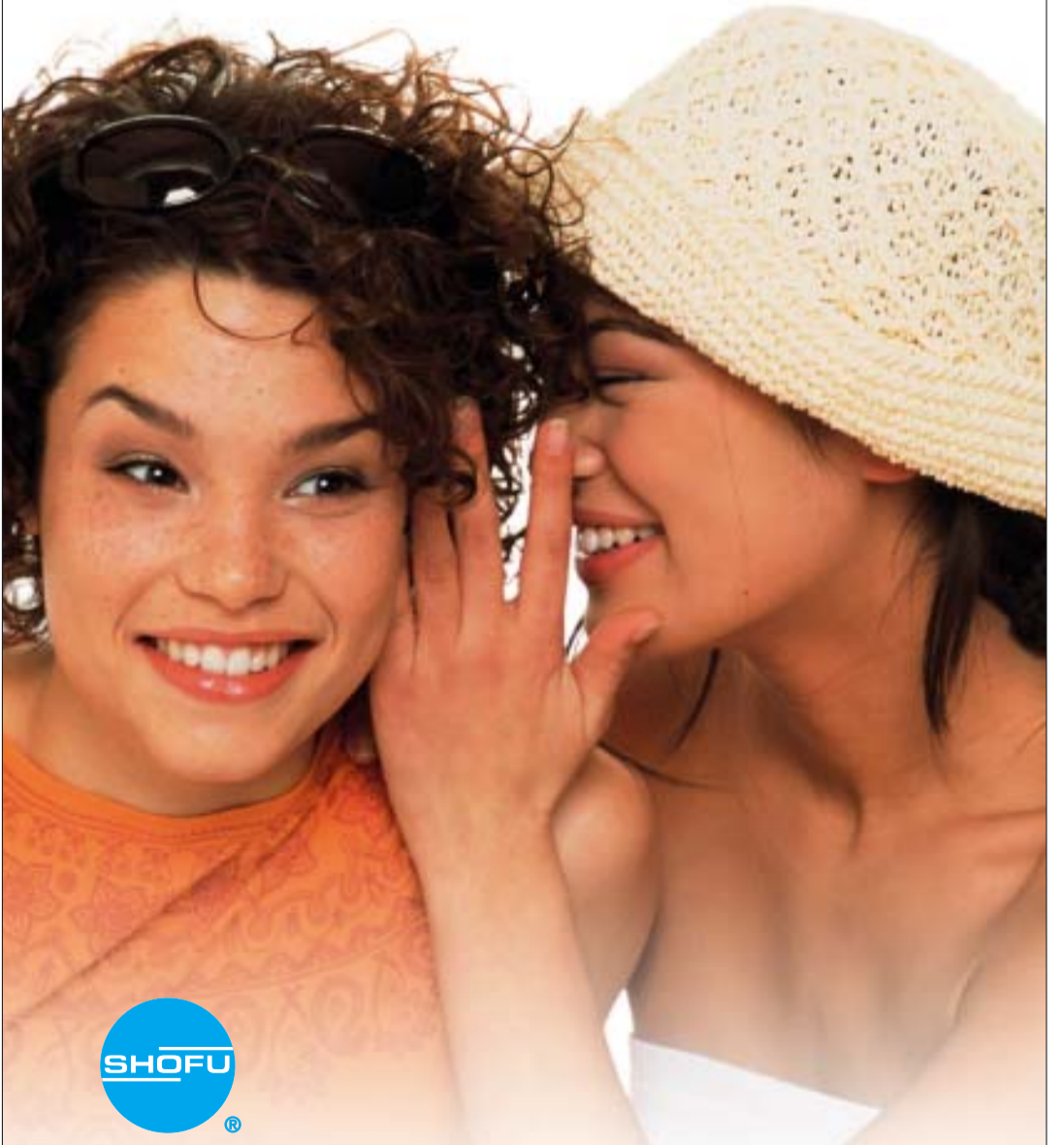
seiner Unvereinbarkeit mit den wirtschaftlichen Prinzipien einer risikoorientierten Versicherung die Kassen eher als dass er ihre Wettbewerbsbereitschaft fördere. PKV-Chef Reinhold Schulte nennt dieses Vorhaben einen „Ein-

griff in bestehende Verträge“. Eine Verfassungsklage sei möglich.

Auf Seiten der gesetzlichen Kassen wird die staatliche Abhängigkeit immens vergrößert, woraus eine steigende Vereinheitlichung der Angebote resultiert – von Wettbewerb auch hier keine Spur.

Ulla Schmidt zeigte sich auf der Pressekonferenz zuversichtlich, die Zustimmungen sowohl von Bundestag als auch vom Bundesrat (am 2. resp. 16. Februar) zu erhalten und die Reform wie geplant zum 1. April 2007 wirksam werden zu lassen. Das Gerüst stehe sicher, offen seien lediglich Ausformulierungen. Die Chancen, auch diese Klippen noch erfolgreich zu umschiffen, stehen gut – vom bisher schärfsten Kritiker der SPD, Edmund Stoiber (CSU), sind derzeit und in Zukunft wohl eher gemäßigte Töne zu erwarten. **zt**

ANZEIGE



**SHOFU**

ANZEIGE



**esthetic-base<sup>®</sup> gold**

Der brillante Stumpptips mit optischer CAD/CAM-Behandlung – von führenden Experten empfohlen!

[www.dentona.de](http://www.dentona.de) Tel +49 (0) 91 22 59 - 0